

rot dorn

linke Zeitschrift aus Berlin & Brandenburg

Schwerpunkt: Europa

- Interview: Irie Révoltés
- Bildungsstreik
- Landlosenbewegung



Geneigte Leserin, geneigter Leser,

du hältst die zweite Ausgabe des Jahres 2009 in der Hand. Nun können wir wieder 24 Seiten veröffentlichen. Außerdem erscheint der Rotdorn in seiner 18jährigen Geschichte erstmalig komplett in Farbe!

Auch diesmal haben diskutiert, recherchiert und organisiert bis uns die Fontanelle qualmte. Herausgekommen ist eine breite Themenauswahl von exklusiven Artikeln.

Der Sendetermin unserer Radiosendung hat sich leicht geändert und wurde eine Stunde nach vorn verlegt. Statt um 20 Uhr beginnt sie nun bereits um 19 Uhr. Rotdorn-Radio ist jeden 2. Montag (jede gerade Kalenderwoche) zwischen 19 – 20 Uhr auf den Radio-Frequenzen des Offenen Kanal Berlin (In Berlin über Antenne 97,2 MHz oder im Kabelradio 92,6 MHz und weltweit im Internetlivestream auf www.okb.de/radiostream.htm) zu hören. Wer den Termin verpasst, kann sich die Sendung auch als .mp3-File auf unserer Homepage www.rotdorn.org anhören.

Ansonsten brauchen wir noch dringend Hilfe für unser Zeitschrift- und Radioprojekt. Schaut euch den untenstehenden Mach-Mit-Kasten an und überlegt, ob ihr nicht ein wenig Freizeit für die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit opfern könnt.

Wir freuen uns über jede Reaktion von euch. Schreibt uns: rot-dorn@gmx.de. Wir wünschen Euch eine tolle Zeit bis der nächste Rotdorn zur Bundestagswahl erscheinen wird.

Eure Rotdorn-Redaktion

Inhalt

Impressum + Vorwort.....	02
Links wählen in Europa.....	03
Menschenrechte in der EU.....	05
Schülerdatei in Berlin eingeführt.....	06
Selbstverständnis des Rotdorn.....	07
Bildungsstreik 2009.....	08
60 Jahre Grundgesetz.....	10
Interview: Irie Révoltés.....	12
Amok - ein Symptom.....	15
Die Landlosenbewegung in Brasilien.....	16
Intevew zur NATO: Tobias Pflüger (MdEP).....	18
Israels neue Regierung.....	20
Neusprech + Ralfis Ökotip.....	22

mach mit!

Seit nun mehr 18 Jahren erscheint der Rotdorn dreimal jährlich mit einer Auflage von 5000 Stück und versteht sich als linke Zeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Mit einer breiten Themenvielfalt und dem Rotdorn-Radio, bieten wir vielfältige Möglichkeiten sich politisch zu engagieren:

- Einfluss auf redaktionelle Entscheidungen nehmen
- Eigene Artikel veröffentlichen
- Interviews mit politischen Persönlichkeiten oder Organisationen führen
- Ideen, konstruktive Kritik oder eigene Themen einbringen
- Veranstaltungen organisieren
- Layout und Design des Rotdorns gestalten
- Musikvorschläge und Beiträge für das Rotdorn-Radio einbringen
- Glossen, Kolumnen, Gedichte oder Satiren schreiben und veröffentlichen
- Kontakte zu politischen Organisationen knüpfen
- Den Rotdorn verteilen

Alle Entscheidungen innerhalb der Redaktion werden demokratisch getroffen und es gibt keine Hierarchien. Jeder bringt sich nach seinen Vorstellungen ein. Wir treffen uns jeden Donnerstag um 18:30 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus im solid-Büro im 1. Stock (Kleine Alexanderstr.28 / Nähe U+S-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz, neben der Volksbühne). Wir würden uns freuen, Dich kennen zu lernen!

Email: rot-dorn@gmx.de

Unsere aktuelle Ausgabe und unsere Homepage findet ihr hier: <http://www.rot-dorn.org>

Abschließend sei noch auf unsere Radiosendung „Rotdorn-Radio“ hingewiesen. Ihr könnt sie Euch auf unserer Homepage als mp3 runterladen.

* i m p r e s s u m

Rotdorn
erscheint dreimal jährlich und hat diesmal eine Auflage von 5000 Exemplaren
19. Jahrgang Nr. 51
02/09

V.i.S.d.P.
Die Rotdornredaktion
Herausgeber
[solid] Brandenburg/
Berlin
www.solid-web.de
www.solid-brandenburg.de
www.solid-berlin.org

Gestaltung
maoh
Kontakt
Rotdorn
c/o Linksjugend [solid]
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
fon: (030) 44 04 61 56
mail: rot-dorn@gmx.de
web: www.rot-dorn.org

Bankverbindung
Inhaber: solid e.V.
Kontonummer:
43 93 85 15 00
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck:
Rotdorn

Links wählen in Europa!

von Sahra Wagenknecht und Ruth Firmenich

Am 7. Juni ist Europawahl. Man kann fast schon beim Schreiben das Gähnen hören, das dieser Satz auslöst. Denn es gibt wenig, was auf ein noch geringeres Interesse stößt als eine Europawahl. Im Jahr 2004 gingen gerade einmal 43% der wahlberechtigten Deutschen an die Wahlurne, 1999 waren es noch 60% gewesen. In anderen Ländern liegt die Wahlbeteiligung noch darunter, in der Slowakei erreichte sie nicht einmal 17%. Zum Vergleich: Bei der letzten Bundestagswahl 2005 gaben immerhin 77,7% ihre Stimme ab, und dies war schon weniger als noch 2002, wo 79,1% zur Wahl gegangen waren. In der geringen Wahlbeteiligung spiegelt sich das, was jeder beklagt, der schon einmal in Brüssel gearbeitet hat: Es gibt kaum ein Thema, das so wenig Begeisterung erzeugt wie Europapolitik.

Man könnte jetzt sagen: Zu Unrecht! Aber - die Aussage stimmt! Es gibt in der Tat wenig Grund zur Begeisterung, wenn man sich die Politik der EU ansieht! Und es gibt noch weniger Anlass zum Optimismus, wenn man an die Zukunft denkt. In den letzten Jahren hat sich das Klima in Europa immer weiter verschärft. Die Schere zwischen Reich und Arm ist immer mehr auseinander gegangen, auch als Resultat der Politik, die von der Europäischen Union gemacht worden ist. Hartz IV in Deutschland ist nichts anderes als die Umsetzung der Politik der so genannten Flexibilisierung und Modernisierung, wie sie die EU mit ihrer Lissabon-Strategie im Jahr 2000 konzipiert hat.

Ziel dieser Strategie war, die EU auf Biegen und Brechen binnen zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum weltweit zu machen. Ab sofort galt: Gut ist was diesem Ziel nützt. Damit war die Blaupause dafür geschrieben, die Sozialsysteme zu reformieren, sprich Leistungen zu kürzen und zu privatisieren. Gleichzeitig wurden Regulierungen abgebaut, sei es im Finanzsektor, bei Dienstleistungen, sei es im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge bis hin zur Bildung. Der Markt sollte alles richten, alles besser, billiger, verbraucherfreundlicher und schöner machen. Und

vor allen Dingen sollte die EU mit dieser Politik zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt werden. Wohin dies geführt hat, sehen wir heute.

Dem selbst erklärten Ziel ist man nicht viel näher gekommen. Was aber gelungen ist, ist die Politik der Deregulierung und Privatisierung in großem Maßstab durchzusetzen und damit das Prinzip einer sozialen und solidarischen Gesellschaft immer mehr auszuhöhlen. Ein Prozent der Reichsten in der EU besitzen knapp die Hälfte des gesamten privaten Geldvermögens. 43 Millionen Menschen in der EU, also fast 10%, können es sich nicht leisten, jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Geflügel zu essen. Jedes 5. Kind in der EU - insgesamt 19 Millionen - lebt in Ar-

mut oder ist davon bedroht.

Auch die derzeitige Wirtschaftskrise kam nicht unverschuldet über die EU. Nur zu gern hat die EU Finanzkontrollen abgebaut und Spekulationen den Weg geebnet. Noch vor kurzem galten die baltischen und andere osteuropäische Länder als wirtschaftspolitische Vorbilder: weitgehend regulierungsfrei, mit flat tax, also Pauschalbesteuerung, in Estland konnte man sich Kredite sogar per sms besorgen. Nun ist die Blase geplatzt und der Katzenjammer groß. Staaten wie Lettland, Ungarn und Rumänien stehen vor dem Bankrott, es gibt keine Mittel, um die Wirtschaft mit Konjunkturpaketen zu stärken und der IWF verordnet rigide Sparprogramme. Wen





Rechtspopulist Le Pen, Satire-Plakat der L'Humanité

diese treffen werden, ist klar. Nicht diejenigen, die die Gewinne der Vergangenheit eingefahren haben und schon in den Startlöchern stehen, um die Profite der Zukunft einzukassieren. Gespart werden soll wie üblich an den Sozialausgaben. Zumindest an dem, was davon nach den bisherigen Liberalisierungsjahren noch übrig ist.

Neben den katastrophalen sozialpolitischen Auswirkungen, die die Wirtschaftskrise hat, sind auch gravierende Konsequenzen für die politische Landschaft in Europa zu erwarten: In der EU gewinnen die Rechten angesichts von Sozialabbau und drohender Massenarbeitslosigkeit verstärkt Zulauf. In Ungarn, dessen Regierung gerade über die Finanzkrise gestürzt ist, mobilisiert die rechtsradikale Jobbik massiv und droht die 5-Prozent-Hürde bei den kommen-

den Europawahlen zu überspringen. Auch in anderen Ländern zeichnet es sich ab, dass Rechtsaußen-Parteien in das Europaparlament einziehen werden, so dass eine Neuauflage einer offen faschistischen und rassistischen Fraktion droht. Bereits im Jahr 2007 war dies nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens möglich geworden, die mit einer Reihe rechtsradikaler Abgeordneter dafür sorgten, dass die zur Fraktionsbildung nötige Anzahl von Abgeordneten erreicht wurde. Es waren einzig innerrassistische Auseinandersetzungen zwischen Alessandra Mussolini und den Vertretern der antisemitischen Großrumänischen Partei, die die Fraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) binnen einiger Monate wieder auseinander brechen ließ. Damit dies nicht wieder passiert, gibt es bereits im Vorfeld der diesjährigen Europawahlen eine Intensivierung

der Kontakte. So trafen sich im Februar Vertreter ultrarechter Parteien, unter ihnen der belgische Vlaams Belang und die bulgarische Ataka, zu einer Tagung in Wien, um über die zukünftige Kooperation in Europa zu sprechen.

Einen Vorgeschmack auf das, was zu erwarten steht, wenn diese Kräfte im Europaparlament weiter an Einfluss gewinnen, gab es erst in der vergangenen Plenarwoche in Strasbourg: Jean-Marie Le Pen vom französischen Front National ergriff das Wort und verharmloste die Gaskammern der Nationalsozialisten als ein „Detail der Geschichte“. Unterstützt wurde er vom ebenfalls gerichtsnotorischen Holocaustleugner und früheren Fraktionsvorsitzenden der gescheiterten ITS, Bruno Gollnisch. Angesichts dieses Eklats gewinnt nun die Sorge an Gewicht, dass Le Pen bei seinem zu erwartenden Wiedereinzug als möglicher Alterspräsident die erste Sitzung des neuen Parlaments leiten könnte. Doch auch wenn sich dies noch über eine Änderung der Geschäftsordnung verhindern ließe, steht zu befürchten, dass der Einfluss der Ultrarechten im nächsten Europaparlament weiter wachsen wird. Und auch in der so genannten Mitte wird es Veränderungen geben. So wird der Einfluss von Berlusconi stark steigen, nachdem sich seine Forza Italia gerade mit der postfaschistischen Alleanza Nazionale zum „Volk der Freiheit“ verbunden hat.

Düstere Aussichten also für Europa. Umso wichtiger ist es, eine starke LINKE in Europa zu haben. Den rechten Kräften in der EU muss klarer Widerstand entgegengesetzt werden! Und es gilt, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie diesen, für eine neue, andere Politik einzustehen. Für Umverteilung und Ausgleich zwischen Arm und Reich! Für ein solidarisches und soziales Europa, ein weltoffenes Europa, ohne Rassismus und Rechtsradikalismus! Der 7. Juni ist deshalb ein sehr wichtiger Termin. Gerade weil es um Europa geht! Sahra Wagenknecht ist Europaabgeordnete der LINKEN und kandidiert im September für den Bundestag. Ruth Firmenich ist ihre Mitarbeiterin in Brüssel und kandidiert für die LINKE bei den Europawahlen im Juni.

von Sahra Wagenknecht und Ruth Firmenich

Streit in der EU-Kommission – wie weit darf Menschenrechtsschutz gehen?

Die Europäische Union wirbt gerne mit dem Slogan „Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“ für sich. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieser Raum als geschlossene Gesellschaft – Rechte gelten nur für die, die sich legal darin aufhalten. Freiheit gibt es nur für die, die sie sich leisten können.

Um diese „Freiheit“ zu „schützen“, wird die EU zur Festung ausgebaut. Dabei gibt es aus Sicht der Festungsbauer einige Schwierigkeiten: die Außengrenze der EU wird von mehreren Staaten geschützt, vor allem den Mittelmeeranrainern und den Frontstaaten Richtung Osten. Diese haben sehr unterschiedliche Grenzregimes, sowohl was deren rechtliche, als auch was deren technologische und administrative Ausgestaltung angeht. Um für eine gewisse Harmonisierung zu sorgen und besonders belastete Grenzwachterstaaten zu entlasten, wurde vor einigen Jahren die „Europäische Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“, kurz FRONTEX, gegründet. FRONTEX bemüht sich besonders im Mittelmeer, die Flüchtlinge schon lange vor ihrer Ankunft in einem der EU-Staaten abzufangen und die Weiterfahrt zu verhindern.

Bei Menschenrechtsorganisationen trifft das auf harsche Kritik. Zum einen wegen der offensichtlichen menschenrechtlichen Vergehen. Regelmäßig gibt es Berichte über abgedrängte Flüchtlingsboote. Mitglieder von Küstenwacheinheiten haben Lebensmittel und Trinkwasser über Bord gekippt, um die

Flüchtlinge zur Rückkehr zu zwingen. In griechisch-türkischen Gewässern werden die Schlauchboote der Flüchtlinge geentert, von griechischen Grenzwachtern in die Nähe der türkischen Küste gebracht und dort aufgeschlitzt. Die Flüchtlinge müssen dann Richtung türkischer Küste paddeln, bevor sie mit den Booten untergehen.

Die EU ringt mit sich selbst. Auf der einen Seite stehen die Innenminister, die jeden Eindruck von Schwäche gegenüber illegalisierten Migrant*innen vermeiden wollen. Auf der anderen Seite steht die EU-Kommission als „Wächterin der Verträge“, die den Eindruck vermeiden will, dass die EU auf Menschenrechte keinen Pfifferling gibt, wenn es um den Schutz der Wohlstandsfestung geht. Zwischen beiden ist nun ein Streit entbrannt: dabei geht es um die Frage, wie weit Beamte aus den Mitgliedsstaaten der EU an die Verpflichtung gebunden sind, die Menschenwürde und die Menschenrechte zu achten und zu wahren. Völkerrechtsexperten sprechen von einer „exterritorialen Wirkung“ der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), aber auch der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK).

Hinter dieser spröden Formulierung verbirgt sich Sprengstoff: geht man von einer „exterritorialen Wirkung“ der EMRK bzw. der GFK aus, müsste ein deutscher Beamter im FRONTEX-Einsatz dafür Sorge tragen, dass ein aufgegriffener Flüchtling ein faires Asylverfahren durchlaufen kann. De facto besteht damit

ein Anspruch auf Grenzübertritt in den nächstgelegenen EU-Staat, wo dann die Prüfung des Asylgesuches stattfinden würde – ein Zustand, wie er in Deutschland bis zur faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl 1993 herrschte.

Noch ist völlig offen, wie die Kommission sich bei der Abfassung der „praktischen Leitlinien“ für FRONTEX-Einsätze entscheiden wird. Aber die bisherige Entwicklung in der EU verheißt nichts Gutes: während einerseits flüchtlingsfreundliche Richtlinien verabschiedet werden, bemüht man sich andererseits, die Flüchtlinge erst gar nicht in den Genuss dieser Richtlinien kommen zu lassen. Wird die Anwendbarkeit dieser Richtlinien nun territorial ausgedehnt, werden die Innenminister den Druck auf die Transitstaaten am Rande der EU erhöhen, „illegale“ Migration zu unterbinden. Und als „salomonische“ Lösung böte sich ein Vorschlag an, den einst SPD-Innenminister Otto Schily machte: die Einrichtung von Flüchtlingslagern in jenen Transitstaaten. Da könnte dann die „Schutzwürdigkeit“ der Flüchtlinge geprüft werden – der Begriff „exterritoriale Wirkung“ bekäme einen ganz neuen Zungenschlag. Bei näherer Betrachtung eine ganz klassische „europäische Lösung“.

Ulla Jelpke

Ulla Jelpke im Rotdorn-Radio:
[Rotdorn-Radio vom 7. Juli 2008 » Die Abschaffung des Asylrechts](#)
[Rotdorn-Radio vom 26. Mai 2008 » Der 1. Bundesparteitag der Partei Die Linke](#)



Schüler werden künftig genormt, katalogisiert und abgestempelt!

Über die Datenkrake Schülerdatei

Am 19.02.09 wurde in Berlin, anders als z.B. in Niedersachsen oder NRW, eine weitere Datenbank, die sogenannte »Zentrale Schülerdatei« im Abgeordnetenhaus beschlossen. Eine Datenbank, in der höchst sensible Personendaten von in aller Regel minderjährigen Schülern gespeichert werden. Neben Name, Geburtsdatum, Adresse der Schule, Erziehungsberechtigten etc. soll diese

stisch »über einen Kamm geschert« und so selbst zum Datenpaket wird. Ein Horrorszenerario? Keineswegs.

Mit der »Zentralen Schülerdatenbank« ist aus politischer Kurzsichtigkeit und Populismus (Stichwort „Schulschwänzer“) ein neues Gesetz geschaffen worden, das die informationelle Selbstbestimmung der Schüler aufs Spiel setzt, die Situation der Schulen kaum verbes-

netz, Handy oder Internet wird zentral gespeichert und verarbeitet. Die Datenbanken der »Deutschland-Karte« beinhalten nicht nur jeden darauf getätigten Einkauf, sondern auch ein Bewegungsprofil des Kunden, weil der Laden in dem eingekauft wurde, zentral gespeichert wird.

Andere Datenbanken, z.B. die der Schufa, »wissen« nicht nur um Kontoü-



Datei auch Informationen zum »sozialpädagogischen Förderbedarf«, zur »nichtdeutschen Muttersprache«, zur »Lehrmittelbefreiung« und zur »Durchsetzung der Schulpflicht« beinhalten. Berlin will für diese Datenbank ca. 22 Millionen Euro ausgeben. Geld, das man selbstverständlich auch in die IT-Infrastruktur von Schulen investieren kann. Es fehlt aber in Kernbereichen. Die Schulen brauchen mehr Lehrer und mehr Sozialarbeiter. Die Lehrmittel, ob im Computerraum, im Sprach-, Chemie- oder Physik-Labor müssen verbessert und modernisiert werden. Viele Schulen müssen dringend saniert und endlich auch behindertengerecht eingerichtet werden, um eine gemeinsame und gerechte Teilhabe an der benötigten Bildung zu ermöglichen.

Natürlich gibt es bereits Datensammlungen von Schülern. Diese liegen in den sogenannten »Schülerakten« in Papierform vor. Warum sollte man diese Daten nicht einfach, die »schöne neue Welt« macht das möglich, nicht zentral und für jeden Interessenten abrufbar in einer Datenbank speichern?

Ganz einfach: Weil diese Daten missbraucht werden können und ziemlich sicher missbraucht werden! Weil diese Daten ausgewertet, der (vielleicht nicht mehr minderjährige) Mensch stati-

sert und Millionen von Euro kostet.

Diese »Vorratsdaten« sind ein Phänomen, mit dem wir erst seit wenigen Jahren konfrontiert werden. Der technische Fortschritt ermöglicht zum ersten Mal Information und Wissen über Vorgänge, Personen oder Institutionen zentral in großen Datenbanken zu sammeln und zu speichern. Diese Daten können leicht per Internet von jedem Ort der Welt abgerufen werden. Noch wichtiger ist aber, dass diese Datenbanken ebenso leicht miteinander verknüpft werden können. Aus dieser Verknüpfung können Megadatenbanken entstehen, aus denen zum Beispiel das soziale Umfeld einer Person quasi direkt ausgelesen werden kann. Von diesen Megadatenbanken geht eine Gefahr für jeden einzelnen Bürger aber auch die gesamte Gesellschaft aus, die nur schwer absehbar ist. Datenskandale bei Deutscher Bahn, Telekom, Berliner Landesbank oder auch Lidl sprechen hier eine deutliche Sprache.

Nun könnte man sagen: Das geht mich nichts an, ich arbeite weder bei der DB, Telekom oder Lidl, noch habe ich eine Kreditkarte. So weit, so richtig.

Diese Datenbanken durchdringen aber inzwischen die gesamte Gesellschaft. Mautbrücken sammeln jedes Nummernschild auf den Autobahnen ein, jede Telekommunikationsverbindung per Fest-

beziehungen oder nicht zurückbezahlte Kredite einzelner Bürger, sondern sind so auch, der Statistik sei gedankt, über die Zahlungsmoral ganzer Wohngebiete »informiert«. Mit welcher Folge? Wer in den Wohngebieten wohnt, dessen Nachbarschaft seine Kredite eher nicht zurückzahlt (weil z.B. plötzlich arbeitslos) zahlt automatisch höhere Zinsen für seinen Kleinkredit oder er bekommt ihn gar nicht erst!

Wenn die »Zahlungsmoral« eines Wohngebiets dazu führt, das der einzelne Bürger höhere Zinsen zahlen muss, wird die »Bildungsmoral« dazu führen, das dem einzelnen Schüler die ganz individuellen Bildungschancen versagt bleiben. Aus nichtdeutscher Herkunft wird dann ein »der schafft es ja eh nicht«.

Wir, das »Bündnis gegen die Schülerdatei« rufen zum Protest, aber auch zur direkten konstruktiven Zusammenarbeit auf und wollen die bestehende Gesetzeslage nachhaltig verändern. Wir suchen den Kontakt zu Schülervertretern, Elternvertretern, zu politischen Gruppen und Parteien in den Bezirken, denn wir sagen: Nein zur Schülerdatei!

Lotar Küpper
für das »Bündnis gegen die
Schülerdatei

Mehr Infos: www.schuelerdatei-berlin.de | Lotar Küpper im Rotdorn-Radio: Rotdorn-Radio vom 16. März 2009 » Schülerdatei und Bürgerrechte

Bildungsstreik 15.-19. Juni 2009

Lasst Euch nicht alles gefallen!

Schafft Alternativen! Widersteht der herrschenden Bildungspolitik!

Der Alltag des Studiums ist grau, hetzig und ohne Vernunft. Sobald wir seiner disziplinierten Öde inne werden, werden wir zornig, unterworfen dem organisierten Raub unseres Bürgerrechts auf Bildung. Darum inszenieren wir einen Bildungsstreik, als Streik, um die gestohlene Bildung neu zu gewinnen. Gründliche Veränderungen in Schule und Hochschule sind erforderlich. »Studieren« heißt heute verwertungsorientierte Hetze im modularisierten Hamsterlaufstall. Für Selbstgestaltung und Kreativität ist kein Platz. Statt Neugierde anzuregen und Spaß an forschendem Lernen, vereinzeln überfüllte Lehrveranstaltungen, lässt unzureichende Betreuung allein und herrscht schikanöse Leistungskontrolle. Unzureichend ausgebildet werden wir wie examinierter Schrott auf den Arbeitsmarkt geworfen. Mit dem Rest unserer Selbstachtung fordern wir die Unpolitik der neuen, herrschenden Halbbildung heraus.

Schulen und Hochschulen werden nach ökonomischen Interessen staatlich gleichgeschaltet. Bildungspolitik ist nicht darauf gerichtet, junge Menschen selbstbewusst, urteilsfähig und wirklichkeitstüchtig sich entwickeln zu lassen. Dafür fehlen fast alle bildungspolitischen Voraussetzungen. Das hebt bei verwahrlosten Räumen an. Das endet mit einem katastrophalen Unver-

hältnis der Zahl der Lehrenden zur Zahl der Studierenden. Stattdessen werden Schülerinnen und Schüler wie Studierende mit der Notenpeitsche auf schmale, eng verwertbare Leistung gefitzt. Zugleich werden Bildungsklassen a la BA und MA geschaffen. Sie schreiben soziale Ungleichheit in die Personen ein. Als Folge sie natürlich ungleichen Anlagen. Flexibilität und Mobilität werden nicht als personale Fähigkeiten aller gefördert. Junge Menschen sollen so getrimmt werden, dass sie überall, wo sie gerade ökonomisch gebraucht werden, mobil eingesetzt und flexibel entlassen werden können. Allzeit bereit lautet die globalkonkurrierend veränderte Devise.

Gegen diese entmündigende Bildungspolitik an Schulen und Hochschulen frontal. Wir rufen darum bundesweit zu einem Bildungsstreik auf. Wir setzen darauf, dass Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Beschäftigte ihren Beruf erkennen und wagen auf ihre eigene Weise mitzutun. Schülerinnen, Schüler und Studierende werden in ihren angeblichen Bildungsinstitutionen in einer bundesweiten Aktionswoche vom 15. Juni bis zum 19. Juni 2009 Bildung in demokratisch angemessener Form zu einer Angelegenheit aller machen. Demonstrationen, Blockaden, Sit-ins, zu Bildungsdiskussionen umfunktionierte Veranstaltungen u.ä.m. sind

unsere Mittel zivilen Ungehorsams. Wir setzen darauf,

dass Eltern in diesen Tagen in die Schulen und Hochschulen strömen; dass Lehrerinnen und Lehrer aller Bereiche mittun und sich aussprechen; dass Gewerkschaften und Soziale Bewegungen den Aktionen ihren Rückhalt geben.

Wir wollen Schulen und Hochschulen, die die Menschen instandsetzen, mit den Problemen des 21. Jahrhunderts urteilsfähig umzugehen. Darum sind die Lehr- und Lernformen zu verändern. Ganztageschulen. Kein fächerzersplitteter Unterricht. Problemorientiertes Learning by doing. Abschaffung der falschen Bachelorausbildung. Verbindung fachlich angemessener Studiengänge mit aus ihnen entwickelter erkenntnistheoretisch-methodologischen Fähigkeiten fächerübergreifender Perspektiven. Exemplarisch werden wir damit noch 2009 beginnen (Sommerschulen u.ä.). Bitte macht mit. Es geht um jede und jeden einzelnen von uns. Es geht um eine Bildungspolitik, deren Zukunft selbstbewusst erkenntnisfähige Bürgerinnen und Bürger sind. Darum keine Bildungsklassen und allgemeine kognitiv-habituelle Verwahrlosung.



Zentrale Forderungen demokratischer Bildungspolitik 15.-19. Juni 2009

Das sind unsere ersten, noch allzu vereinzelt Forderungen. Sie wollen wir auf drei wohl vorbereiteten Teach-ins am 19. Juni in Heidelberg, Düsseldorf und Berlin mit dazu eingeladenen politisch Verantwortlichen debattieren.

Erstens

Abschaffung der Studienklassen BA und MA samt der abgepackten Module und der Dauerprüfungen als Lehr-Lernersatz. Stattdessen: Durchsichtig aufgebaute Studiengänge für alle von wenigstens 5 Jahren. In ihnen steht die zuerst fachspezifisch ansetzende Gymnastik der Urteilsfähigkeit im Mittelpunkt. Darum hat die Bestimmung des Studiums durch ein enges Prüfungskorsett ein Ende. In einer Übergangszeit sind alle Bachelor-Absolventen zu einem Master-Studium zuzulassen.

Zweitens

Abschaffung des Numerus Clausus. Stattdessen drastische Vermehrung der erheblich kleineren, nicht auf wenige Fächer spezialisierten Universitäten.

Drittens

Abschaffung der Klassenbildung unter den Universitäten durch den Modeschmuck der »Exzellenz«. Er wird allein durch ungleiche Geldverteilung ergattert.

Durch die Verbesserung der Lehr- und Lern-Formen (und, hier nicht behandelt, derjenigen der Forschung) werden alle Universitäten substantiell exzellent.

Viertens

Verbesserung der Lehr- Lern-Verhältnisse. Ausdehnung der Tutorenstellen für das Grundstudium (Richtgröße 10 000); Einrichtung von Projektstudien, die das eigene Forschen und Lehren ermöglichen; Einstellung der ca. 4000 Privatdozentinnen und Privatdozenten als Teilzeitprofessuren; wenigstens 10 Prozent mehr Hochschullehrerstellen; Lehrbeauftragte müssen wenigstens 100 Euro pro Doppelstunde erhalten; Wissenschaftliche Mitarbeiter gehen eigenen Aufgaben in Forschung und Lehre nach.

Fünftens

Alle Gruppen der Universität sind an allen Entscheidungen mit gleichem Stimmrecht zu beteiligen (entsprechend sind neue Gesetze erforderlich).

Sechstens

Keine Bestimmung der Universitäten von außen. Stattdessen demokratische, öffentlich ausgewiesene Selbstverwaltung von den kleinsten Lehr-Lerneinheiten aufwärts.

Peter Grottian und Wolf-Dieter Narr

Peter Grottian im Rotdorn-Radio: Rotdorn-Radio vom 4. Juni 2007 » Das G8-Treffen und die Proteste für eine andere Welt

KURZMELDUNG

Reich durch Beziehungen

In einer Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Boeckler-Stiftung (erschieden in Böckler Impuls 05/2009) wurden die Deutschen danach befragt, was ihrer Meinung nach die Ursache für Reichtum sei. 53% der Befragten gingen davon aus, dass „harte Arbeit“ reich mache. 68% betonten die individuellen „Fähigkeiten“ als Ursache. 80% machten das Elternhaus und die jeweiligen „Ausgangsbedingungen“ der Menschen dafür verantwortlich und 82% waren davon überzeugt, dass einzig und allein „Beziehungen“ der Hauptgrund für den Reichtum einzelner sei.



In 60 Jahren die Verfassung auf den Grund gesetzt

Ein Merkzettel für Sonntagsredner

Am 23. Mai wird gewiss feierlich und mit dem entsprechenden Medienrummel an die Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat vor 60 Jahren erinnert. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wollten 1949 nach den überwiegend selbst verschuldeten Katastrophen in der deutschen Geschichte und den geringen demokratischen Traditionen ganz bewusst einen „demokratischen und sozialen Bundesstaat“ (vergl. Artikel 20 GG) aus der Taufe heben, der als „gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen“ sollte. Selbst die CDU hatte sich damals in ihrem Ahlener Programm (1947) für die Vergesellschaftung der Schwerindustrie, des Bergbaus und der Großbanken ausgesprochen, um

den bislang mächtigen Einfluss der Wirtschaft auf die Politik einzudämmen.

Leider ist das aus historisch gewonnenen Einsichten und dem Willen zum Neuanfang geborene Grundgesetz durch Streichungen, Veränderungen und Hinzufügungen immer mehr „verschlimmbessert“ worden wie kaum eine andere Verfassung. Denken wir beispielsweise an das sogenannte Notstandsrecht, das während der Zuspitzung des Kalten Krieges Mitte der sechziger Jahre ins Grundgesetz gedrückt wurde. Erinnert sei an die massive Einschränkung des Asylrechts Anfang der neunziger Jahre, um die Festung Europa gegen die wachsenden Flüchtlingsströme aus der sog. „Dritten Welt“ abzuschirmen, oder an den Anschluss der DDR nach Arti-

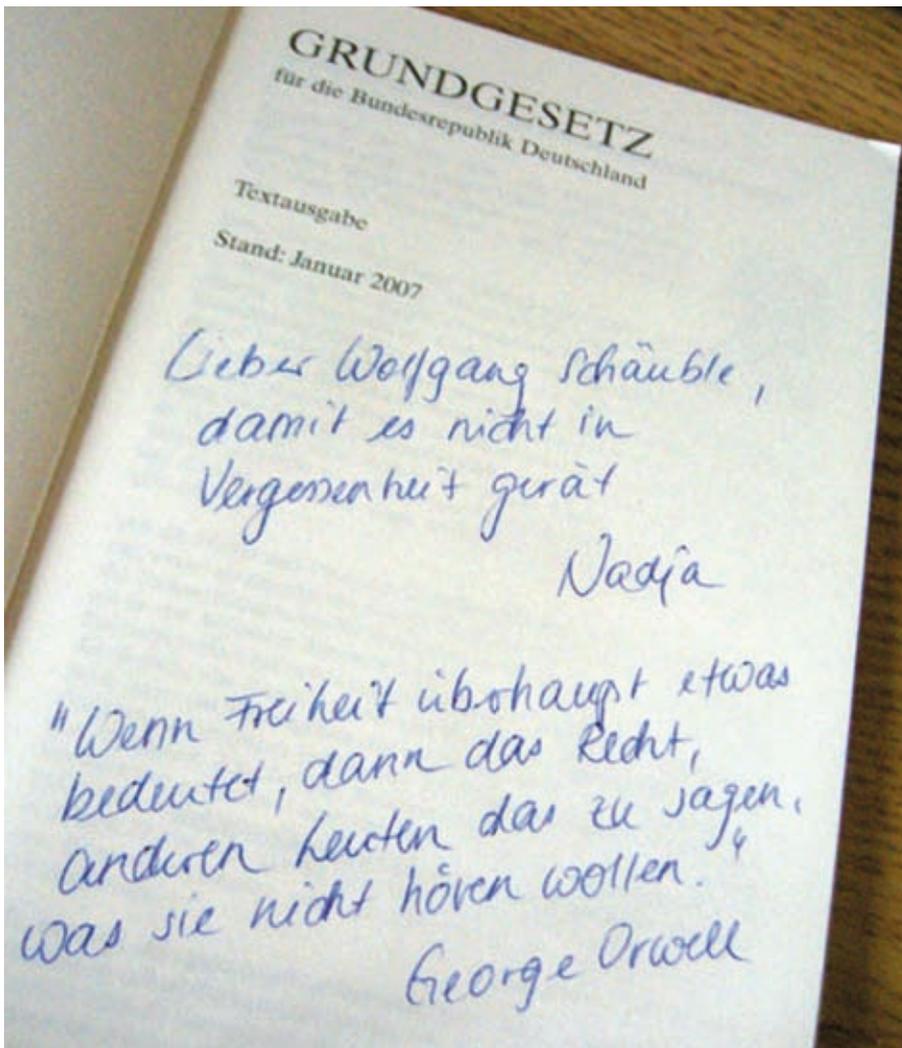
kel 23 GG. Anstatt die ausdrücklich im Grundgesetz vorgesehene Vereinigung Deutschlands nach Artikel 146 GG abzuwickeln, wurde diese wie der Anschluss des Saarlandes vollzogen. Verfassungsgemäßes Vorgehen hätte die Erarbeitung einer neuen gesamtdeutschen Verfassungs- und Rechtsordnung bedeutet, die die in 40 Jahren gemachten unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen beider Landesteile berücksichtigt hätte, so wie es der Zentrale Runde Tisch der DDR im Frühjahr 1990 vorgeschlagen hatte. Eine neue Verfassung hätte das als Provisorium konzipierte Grundgesetz abgelöst.

Verfassungsgebot und Verfassungswirklichkeit

Drei Beispiele sollen das Spannungsverhältnis zwischen dem Willen von 1949 und der darauf folgenden Verdrängung des Grundrechtskatalogs aus dem herrschenden Wirtschaftswunder-Bewusstsein zeigen. Dabei darf jedoch das häufig segensreiche Wirken des Bundesverfassungsgerichts nicht verschwiegen werden. Gerade hat es das Bayerische Versammlungsgesetz als grundgesetzwidrig entlarvt.

Der Artikel 1 des Grundgesetzes erklärt die Menschenrechte zur Grundlage der Gesellschaft und unterwirft die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung den Grundrechten der Verfassung als unmittelbar geltendes Recht. Nach Naziterror und staatlicher Zwangsherrschaft stellten die Mütter und Väter des Grundgesetzes ganz bewusst diese Kernsätze an den Anfang der Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“.

Schauen wir nun auf die Verfassungswirklichkeit, wie heute mit der Menschenwürde tatsächlich umgegangen wird, so haben wir viele erschreckende Bilder vor Augen: Beispielsweise das von Alten und Pflegebedürftigen, wie sie wundgelegen und unzureichend mit Nahrung und Flüssigkeit versorgt in so man-



chem Pflegeheim vegetieren müssen (siehe Bericht des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen von 2008).

Bedürftige Kinder sind dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung eine Einmalzahlung von 100 Euro wert, während für ein altes, rostiges Auto eine Abwrackprämie von 2500 Euro zur Absatzsteigerung von Neuwagen vorgesehen ist.

Immer häufiger, nicht nur beim Konjunkturprogramm, stellt sich der Bürger, der eigentliche Souverän unserer Demokratie, die Frage: „Wer steht im Mittelpunkt des politischen Handelns, der Mensch oder die Wirtschaft?“

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hatten die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in der Verfassung nicht vorgesehen. Aus der in den Nachkriegsjahren verbreiteten Einsicht „nie wieder Krieg“ war ein allgemeiner Wehrdienst im Grundgesetz nicht geregelt. Erst später fügte der Bundestag einen Artikel 12a ins Grundgesetz ein, in dem die Ableistung eines Kriegsdienstes festgelegt wurde und selbst Frauen zum Sanitätsdienst gezwungen werden können.

Die Artikel 14 und 15 halten die Rolle des Eigentums fest. Selbst eine Enteignung im Interesse des Allgemeinwohls ist verfassungsrechtlich möglich. Im Artikel 14 Absatz 2 heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Dieses Verfassungsgebot wird durch die Gier des ungebändigten Casinokapitalismus, durch Siemensaffäre und Mannesmann-Prozess zu einem dummen Spruch erniedrigt. Der Publizist Herbert Prantl meint in der Süddeutschen Zeitung, das Großmanagement der Wirtschaft habe bis zur großen Finanzkrise den mahnenden Satz des Grundgesetzes auf perfide Weise ergänzt: „Eigentum verpflichtet – zu nichts, außer zur Eigentumsvermehrung und Gewinnmaximierung!“

Klaus Körner

KURZMELDUNG

Doppelte Viktimisierung

Ein Phänomen, welches bei der Medien-Hetze gegen Hartz4-Empfänger immer wieder zu beobachten ist, kann man als eine „doppelte Viktimisierung“ bezeichnen. Viele Arbeitslose, die sich schon häufig als traumatisierte Opfer fühlen, da ihnen Anerkennung, Würde und gesellschaftliche Teilhabe nicht nur ökonomisch schwer, sondern auch ideologisch aberkannt wird, werden zusätzlich noch Opfer falscher Beschuldigungen. Arbeitslose werden zu Tätern gemacht, da sie ja „selbst schuld“ seien.

Links blinken, rechts fahren

Anfang März verkündeten Steinbrück, Steinmeier und Müntefering, dass sie nun schärfere Regeln für Managergehälter, die Trockenlegung von Steueroasen sowie eine schärfere Regulierung des Finanzmarktes einführen wollen. Ganz im Sinne eines Münteferings, nach dem es ja „unfair“ sei, wenn Koalitionsparteien an ihren Wahlversprechen gemessen werden und dass nur der essen solle, der auch arbeite – kehrt die SPD nun zu ihren linken Wurzeln zurück. Wer's glaubt.

Anzeige

**Mitglied
werden.
Hier und
jetzt!**

DIE LINKE.

<http://mitglied.die-linke.de>

»Wenn man sich mit anderen zusammentut, dann geht das schon.«

Interview mit der Reggae-, Ragga-, und Dancehall-Band Irie Revoltes

Im Rahmen unserer Radiosendung sprachen wir mit den beiden Sängern von Irie Revoltes. Die Band ist deutschlandweit nicht nur für ihre fetten Beats, sondern auch für ihr politisches Engagement bekannt. Die Sänger sind Brüder und leben in Berlin. Pablo ist 25 Jahre und arbeitete in der Schwerstbehindertenpflege. Jetzt hat er neben der Musik verschiedenste Projekte am laufen. So leistet er beispielsweise politische Bildungsarbeit für die Initiative „Courage“. Der 28jährige Carlito erteilt Gesangsunterricht. Im folgenden dokumentieren wir das Interview in stark gekürzter Form. Das Gespräch ist vollständig im Radioarchiv auf www.rottdorn.org zu hören.

Rottdorn-Radio: Kommen wir als erstes auf den Bandnamen Irie Revoltes zu sprechen. Was ist die Bedeutung dieses Bandnamens?

Pablo: Der Bandname setzt sich aus zwei

Wörtern und auch aus zwei Sprachen zusammen. Irie ist Patois, also jamaikanisch, und bedeutet so viel wie glücklich oder fröhlich. Es gibt mehrere Übersetzungen, aber eigentlich kann man es mit glücklich übersetzen. Revoltes ist französisch und bedeutet wenn man es wörtlich übersetzt aufsässig, also revoltierend. Den Begriff kennt man im Deutschen ja auch. Die Bedeutung des Bandnamens ist im Endeffekt also glücklich revoltierend. Das ist auch das, was wir mit der Musik wiederspiegeln wollen. Wir wollen auf der einen Seite positive Energie vermitteln, aber von den Inhalten her rebellisch und kritisch sein. Diese Verknüpfung haben wir versucht im Bandnamen wiederzugeben.

Rottdorn-Radio: Du hast schon angesprochen, dass ihr den Anspruch habt zu revoltieren. Warum eigentlich, warum wollt ihr überhaupt revoltieren?

Pablo: Weil es Spaß macht? Nein, Quatsch. Es gibt natürlich viele Gründe zu revoltieren. Theoretisch könnten wir auch sagen, uns geht es gut hier. Ich meine wir leben in einem Wohlstandsland. Wir sind auch in diesem Wohlstandsland nicht die Ärmsten. Wir könnten sagen es ist alles cool. Wir machen einfach Musik, weil es Bock macht. Aber es ist so, dass uns alle neben der Musik viele Themen beschäftigen und wir uns nicht auf unseren Tellerrand konzentrieren wollen, sondern darauf was generell passiert. Hier in Deutschland, aber auch weltweit. Und da sieht man, dass es noch viele, viele, viele Sachen gibt die nicht cool laufen, um nicht zu sagen Scheiße laufen und das ist der Grund warum wir revoltieren wollen. Das Sprachrohr der Musik wollen wir nutzen, um auf bestimmte Sachen aufmerksam zu machen, die viele Leute nicht sehen



wollen oder nicht sehen, weil sie gut leben.

Rotdorn-Radio: Kann es Musik leisten einen Beitrag zu einer Revolte darzustellen?

Carlito: Definitiv. Wir haben schon oft die Erfahrung gemacht, dass Leute durch unsere Musik überhaupt zum Nachdenken gekommen sind. Dieses Feedback bekommen wir immer wieder. Und das ist auch unser Hauptziel. Natürlich können wir nicht die Welt durch Musik verändern. Aber man kann einen Anstoß dazu geben. Wir wollen auch nicht mit Zeigefinger irgendwelche Doktrin vertreten, sondern nur auf das aufmerksam machen, was uns auffällt und die Leute zum Nachdenken anregen. Das ist durch Musik definitiv möglich.

Rotdorn-Radio: Was sind denn die Themen, die Euch auffallen. Worüber wollt ihr denn die Leute zum Nachdenken anregen?

Pablo: Die Inhalte und Themen sind eigentlich endlos, wenn man ehrlich ist. Themen sind z.B. Krieg, Rassismus, Nationalismus, Faschismus aber auch Homophobie und Sexismus. Wie gesagt die Themen sind eigentlich endlos, aber wenn man es auf den Punkt bringen will, dann ist es Ungerechtigkeit.

Rotdorn-Radio: Ist denn eine Gesellschaft ohne Ungerechtigkeit für Euch vorstellbar?

Carlito: Das ist eine gute Frage. Komplette gerecht kann es wohl nie werden. Aber mit den Möglichkeiten die es heute gibt, könnte es auf jeden Fall gerechter in der Welt zugehen. Komplette gerecht geht es wohl nie, da schon in der Familie und im Privaten kleine Ungerechtigkeiten passieren.

Pablo: Die endgültige Gerechtigkeit geht wahrscheinlich schwer, da es immer kleine Ungerechtigkeiten gibt. Aber ich denke, dass es schon mal ein Unterschied ist, ob ein komplettes System auf Ungerechtigkeit basiert, oder



Die Sänger von Irie Revoltes Pablo und Carlito

ob man versucht an der Ungerechtigkeit zu arbeiten. Voll viele Ungerechtigkeiten sind gewollt, die weil andere dadurch Privilegien haben, nicht aus der Welt geschafft werden. Um diese Ungerechtigkeiten geht es.

Rotdorn-Radio: Das heißt, ihr würdet sagen unsere Gesellschaft basiert auf Ungerechtigkeit?

Carlito: Ja.

Rotdorn-Radio: Werden wir mal konkreter. Ihr unterstützt eine Vielzahl von Initiativen. Unter anderem die Initiative „Rollis für Afrika“. Könntet ihr unseren Hörerinnen und Hörern vorstellen, worum es sich dabei handelt?

Pablo: „Rollis für Afrika“ ist ein eingetragener Verein und das Ziel des Projektes ist es, einen selbstinitiierten Behindertenverband im Senegal in Westafrika zu unterstützen. Die körperlich Behinderten erhalten dort keinerlei Hilfe. Wir sammeln Rollstühle und Gehhilfen, Krücken ist das geläufigere nichtorthopädische Wort, und Verschiffen sie in einem Container nach Afrika. Mein Freund Stefano hat die ganze Idee entwickelt. Wir rufen

auch zu Spenden für die Container auf. Mehr auf www.rollis-fuer-afrika.de.

Carlito: Wie du schon gesagt hast, unterstützen wir mehrere Projekte. Da ist die Reihe lang. Aber es gibt noch zwei Projekte, die uns besonders wichtig sind. Das eine nennt sich „Viva con aqua de St. Pauli“. Die Initiative ist ursprünglich von Fußballspielern des FC St. Pauli gegründet. Wir machen als Band viele Soli-Sachen für die. Deren Ziel ist es auf die Trinkwasserproblematik in der Welt insgesamt aufmerksam zu machen. Die sammeln auch Kohle um Trinkwasserbrunnen zu bauen, u.a. in Afrika oder Kuba. Das fanden wir richtig cool. Weil die halt auch was bewegen. Das wollen wir eben auch mit unserer Musik sagen: Man kann selbst schon was machen. Natürlich im Kleinen, aber wenn man sich mit anderen zusamm tut, dann geht das schon. Und dass zeigen die Jungs und Mädels von „Viva con aqua“. Und das zweite Projekt nennt sich „Kein Platz für Rassismus“. Das ist auch wieder gegründet worden von Leuten aus dem Fußball. Deren Ziel ist es „Kein Platz für Rassismus“-Schilder an Fußballplätzen anzubringen. Auch in der

Kreisliga und „normalen“ Jugendfußballvereinen. Weil es im Fußball leider noch ein großes Thema ist, rassistische Übergriffe, verbal und auch körperlich. Das fanden wir unterstützenswert und haben einen Song beigesteuert. Der nennt sich „Viel zu tun“.

Pablo: Außerdem machen viele aus der Band neben der Musik noch andere politische Arbeit. Als Band unterstützen wir natürlich auch viele Initiativen mit Konzerten. Wir haben z.B. bei den Protesten gegen die Studiengebühren in Frankfurt gespielt oder bei den Protesten gegen das G8-Treffen in Rostock. Unser aller erstes Konzert in Berlin war gegen die Residenzpflicht von Asylbewerbern. Solche Sachen machen wir eben auch viel mit der Band.

Rotdorn-Radio: Ihr existiert als Band seit dem Jahr 2000. Seid ihr mittlerweile das, was man als Profimucker bezeichnen könnte? Könnt ihr von der Musik leben?

Pablo: Das ist schwer. Diesen Traum hat natürlich jeder und jede, der/ die Musik macht. Man macht es einfach weil man Bock darauf hat und es einem wichtig ist etwas damit zu vermitteln. Irgendwann kommt der Punkt, wo es mit einer Arbeit oder ähnlichem wegen des Zeitaufwands schwer zu kombinieren ist. Welche Kompromisse ist man dann bereit einzugehen? Unsere booking-Agentur war da eine riesen Bereicherung für uns, weil die cool sind und einfach gut zu uns passen. Die buchen z.B. auch Ska-P, mit denen wir kürzlich eine kleine Tour gemacht haben. Im Endeffekt ist es immer noch schwer davon zu leben. Deshalb haben viele von uns noch Nebenjobs oder studieren. Den Punkt, dass wir nur von der Musik leben können haben wir noch nicht erreicht.

Rotdorn-Radio: Was sind eure weiteren Pläne für 2009?

Carlito: Wir haben viel vor. Mit dem Konzert am 1. Mai am Kottbusser Tor beginnt

für uns die outdoor-Saison und wir werden auf vielen Festivals spielen. Die Termine könnt ihr auf unserer Homepage einsehen. Danach wird eine Single oder EP erscheinen und es wird eine große Tour dazu geben. Bis Ende Oktober spielen wir in 6 verschiedenen Ländern in Europa, weil wir einfach noch bekannter werden und unsere message verbreiten wollen. Für das Frühjahr 2010 ist dann auch ein neues Album geplant. Das zieht sich immer länger als man denkt. Wir wollen mit diesem Album das Beste rauskauen, was wir je gemacht haben. Wir sind da sehr selbstkritisch. Wir haben schon eine Menge neue Songs, aber an denen wollen wir noch weiter arbeiten.

Mehr: www.irie-revoltes.com

Das Gespräch ist vollständig im Radioarchiv auf www.rottdorn.org zu hören.



KURZMELDUNG

Die Folterer der CIA

Mittlerweile sind die CIA-„Verhörmethoden“ gegenüber Terrorismusverdächtigen bekannt geworden. Die „New York Times“ berichtete, dass allein bei Khalid Sheik Mohammed, die sogenannte Waterboarding-Methode im März 2003 183mal angewendet wurde. Bei der Foltermethode wird das Ertrinken des Verhörten simuliert. Ein anderer Terrorver-

dächtiger, Abu Zubaydah, wurde zusammen mit Insekten in eine Kiste gesperrt. Unweigerlich kommen einem die Bilder aus dem Foltergefängnis Abu Ghraib ins Gedächtnis. Barack Obama hat zwar einerseits am zweiten Tag seiner Amtszeit Folter verboten. Andererseits stellte er den Folterknechten einen Persilschein aus und versprach Straffreiheit für sie. Die „unbesungenen Helden“ der CIA hätten „durch ihre Opfer Amerika sicherer gemacht“.

Großzügige Spenden

Im Jahre 2008 spendete die Allianz AG jeder Bundestagspartei (mit Ausnahme der Linkspartei) ganze 60.000 Euro. SPD und CDU bekamen von der Commerzbank zusätzlich noch einmal 100.000 Euro als Parteispende.

Amok - Symptom einer kranken Gesellschaftsordnung

Im Jahre 2009 hat es bereits in den ersten vier Monaten mehrere Amokläufe gegeben: in Winnenden am 11. März, bei dem der 17jährige Schüler in seiner ehemaligen Realschule 15 Menschen erschossen hat. Ein Massaker mit 14 Toten in einem Sozialzentrum in Birmingham, ein Blutbad mit acht Toten in einem Altenheim in der US-Stadt Carthage sowie ein Amoklauf im Landshuter Landgericht. Während bei der Tat in Winnenden noch große Betroffenheitsfloskeln zu hören waren, sind die öffentlichen Statements zu den weiteren Ereignissen nun leiser geworden. Der Amoklauf als Normalzustand.

Die Mainstream-Medien berichten, wie üblich, nur über den Tatvorgang. Beschränken sich in aller Regel auf die Schreckensmeldung, die eine verkaufsfördernde Schlagzeile garantieren soll. Dabei würde die Diskussion schon bei dem Begriff „Amoklauf“ anfangen. Der Terminus „Amok“ kommt aus dem Malaiischen und bedeutet übersetzt soviel wie „im Kampf sein letztes geben“. Krieger in Südindien und Malaysia waren darauf trainiert im Kampf alles zu geben ohne Rücksicht auf das eigene Leben. Heute wird der Amoklauf als die Tat eines Wahnsinnigen beschrieben. Dabei sind die Ereignisse keineswegs von Spontanität oder Affekt gekennzeichnet – sie sind häufig sehr genau geplant und die Täter sind hochkonzentriert, fest entschlossen und berechnend.

Die Ursachen

Der US-Kriminologe Travis Hirschi hat vor allem vier soziale und psychologische Faktoren ausgemacht, die es uns ermöglichen die Balance im Leben zu halten. Zusammen bilden sie ein soziales Band:

- 1.) Die emotionale Bindung an andere Menschen.
- 2.) Das Gefühl der Verpflichtung/Verantwortung gegenüber anderen Menschen.
- 3.) Die Einbindung in konventionelle Tätigkeiten, wie Vereinen, Sport, Hobbys etc.
- 4.) Der Glaube an bestimmte Werte.

Wenn diese Faktoren an Bedeutung verlieren, fühlen sich Menschen halt- und schutzlos, fallen ins Bodenlose. Das Fehlen von sozialer Bindung, Solidari-

tät und menschlicher Wärme kann unauslöschliche Eindrücke hinterlassen. Die Taten sind also keineswegs die Handschriften von Wahnsinnigen oder Verrückten, die man als Einzelfälle abtun kann, um dann wieder zur Tagesordnung über zu gehen. Vielmehr sind diese Phänomene systemischer Natur. In einem gesellschaftlichen Klima, in dem jeder für sich steht, jeder seinen persönlichen Vorteil auch auf Kosten seiner Mitmenschen maximieren soll und in der persönliche Erfahrungen von Bindungen, Solidarität und Anerkennung immer seltener werden – ist der Amoklauf das Produkt eben dieser Gesellschaftsordnung. Mobbing, Konkurrenzdenken, Rivalität, Egoismus und Leistungsdenken zerstören systematisch eine Persönlichkeitsentwicklung, die Selbstvertrauen schafft. Starke ethische Überzeugungen sind im heutigen marktradikalen Deutschland wenig vorhanden. Stattdessen überall Konkurrenzdenken, Wettbewerb, Egoismus, der Mensch muss „funktionieren“, soll etwas „leisten“ und Effizienz ist häufig der einzige Maßstab. In diesem Sinne haben sich die Amokläufer dem herrschenden Zeitgeist ergeben, indem sie möglichst viele Menschen in möglichst kurzer Zeit gezielt, geplant und „effektiv“ getötet haben.

Politische Verantwortung

Alibi-Inszenierungen und die Suche nach Schuldigen, statt nach Lösungen, sind nach Amokläufen die häufigste Reaktion politischer Akteure. Jedoch können weder die Schule, die sogenannten „Killerspiele“, noch die Waffengesetze, noch die Eltern, noch der Nachahmungs-

effekt der durch die weltweite Verbreitung der Massenmedien entsteht, allein dafür verantwortlich gemacht werden – es ist ein gesamtgesellschaftliches, politisches Problem. Politische Reformen und Entscheidungen im Sinne einer neoliberalen Ideologie fördern ein gesellschaftliches Klima, in dem die Menschen in Gewinner und Verlierer gespalten werden. Wer dem Druck nicht standhält, wird an den Rand gedrängt. Die Menschen werden funktionalisiert und verdinglicht – sie sollen etwas „leisten“. Der individuelle Hintergrund, persönliche Probleme, Wünsche und Bedürfnisse interessieren dabei nicht. Es muss viel passieren, damit ein Mensch derartigen Hass auf die Gesellschaft, andere Menschen und schließlich sich selbst bekommt, sodass er skrupellos und ohne jegliche Emotionen Amok läuft. Nur ein Ursachenbündel, welches systemischer und nicht primär individueller Natur ist, kann hierfür verantwortlich gemacht werden. Es wird Zeit, dass die politisch Verantwortlichen diesen Zusammenhang endlich erkennen. Leider ist in Zeiten der Wirtschaftskrise, in dem die Lasten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden sollen, nicht zu erwarten, dass diese Erkenntnis demnächst kommen wird. Insofern steht zu befürchten, dass wir noch viele Amokläufe erleben werden.

by epikur



www.zeitgeistlos.de



Deutsche Vorstadt-Idylle

Wo bleibt Brasiliens umfassende Agrarreform?

Vom 25-jährigen Kampf der Landlosenbewegung



wurde die Polizei aktiv und sein Leichnam wurde der Gerichtsmedizin in Juazeiro überstellt.

José war nach der gewaltsamen Landnahme auf seine Felder im März 2008 zurückgekehrt und hatte öffentlich erklärt, dass er nur tot sein Grundstück verlassen würde. Er würde sich nicht mehr vertreiben lassen.

Warten auf die Landreform

Annähernd 50 Millionen der 175 Millionen Brasilianer leiden Hunger. Der Hauptgrund ist nicht ein Mangel an Nahrungsmitteln oder deren nicht ausreichende Produktion. Ursache ist meist fehlender Zugang zu landwirtschaftlich nutzbarem Boden. Die von Hunger betroffene Bevölkerung lebt überwiegend auf dem Land. 150.000 Familien vegetieren in Lagern und vier Millionen Landfamilien haben keine Felder, um sie zu bestellen.

Der Kleinstbauer José Campos Braga aus dem brasilianischen Hüttendorf Munizip Casa Nova wurde am 04.02.2009 gegen 18 Uhr niedergeschossen. Er wurde auf seinem Grundstück tot aufgefunden, das er in einer Aktion gegen illegale Landnahme durch Zuckerrohr-Barone besetzt hielt. José Campos Braga war einer der Kleinstbauern, die in Casa Nova unter einer Plane hausend Widerstand geleistet haben, obwohl bei der gewaltsamen Räumung am 06.03. 2008 sein Haus niedergewalzt worden war. Das illegale „Räumkommando“ gehörte zu einem Zuckerrohrkonzern, der Pflanzen für Agrosprit auf den Feldern der Kleinstbauern anbauen will.

Die Gemeinde und die lokalen Organisationen leiteten die nötigen Schritte ein, damit in diesem Fall überhaupt polizeilich ermittelt wird, meldet die Landlosenbewegung (MST) der Region Bahia.

Erst auf Druck der Anwälte der Organisationen der Kleinstbauern vor Ort

Daher ist eine grundlegende Landreform der entscheidende Gradmesser für eine Sozialpolitik, die mit der Beseitigung von Hunger und Armut Ernst macht. Im Wahlkampf 2003 hatte Lula da Silva angekündigt, als Präsident bis zum Jahr 2006 430.000 landlosen Familien eine Existenzgrundlage zu verschaffen. Die Bodenreform sollte nicht durch Enteignungen, sondern durch den Ankauf brachliegender Ländereien realisiert werden. Von den angekündigten 430.000 landlosen Familien wurde laut Angaben der Landlosenbewegung (MST) 73.000 ein Grundstück zugewiesen, laut Regierung waren es 118.000.

Nach den Parlamentswahlen 2006 nahm Lula da Silva als Mehrheitsbeschaffer eine Partei der gemäßigten Rechten in seine Regierung auf. Seitdem kam die Landreform fast völlig zum Erliegen und die Landkonflikte brachen mit neuer Heftigkeit wieder aus.

Die Konflikte um landwirtschaftliche Flächen

Die meisten Landkonflikte in dem riesigen Flächenland Brasilien mit seiner Verwaltung, die gerade in den ländlichen Räumen noch auf koloniale Strukturen zurückgeht, bestehen, weil für die Mehrzahl der Flächen weder Eigentumsnachweise in Form von Urkunden oder Dokumenten existieren noch eine staatliche Registratur des Grund und Bodens vorhanden ist. Die Menschen siedelten da, wo kein Besitzer auszumachen war, rodeten und bauten Nahrungsmittel für ihr Überleben an. Neben diesen kleinbäuerlichen Siedlungen und den jahrhundertalten Wohnsitzen der indigenen Völkstämme ist das Land seit der Eroberung durch die Portugiesen von riesigen Baumwoll-, Kaffee-, Kakao- und Zuckerrohrplantagen überzogen. Dieser Bodenbesitz wird häufig nur zu einem Teil landwirtschaftlich genutzt. Der andere Teil des Landes liegt brach. Die gewaltsamen Landnahmen durch Großagrarier auf der einen Seite, die industriell Soja als Kraftfutter oder Pflanzen für Agrosprit produzieren wollen und mit diesem Profitinteresse die ohne Besitzurkunden siedelnden Ureinwohner oder Landarbeiterfamilien von ihrem Boden vertreiben, und hunderttausende hungernder landloser Familien auf der anderen Seite, die brachliegendes Land besetzen, um das Lebensnotwendigste für sich anzupflanzen, führen zu Brasiliens Landkonflikten. In diesen meist gewaltsamen Auseinandersetzungen stehen die Behörden gewöhnlich auf der Seite der Reichen und Mächtigen, die sich mit Hilfe paramilitärischer Banden ihr „Faustrecht“ verschaffen.

Im Jahre 2006 wurden 72 Mordversuche bei Auseinandersetzungen um landwirtschaftliche Flächen registriert. Die Zahl der Mordversuche stieg um 177% gegenüber dem Jahre 2003. Ebenso stieg die Zahl der Verhaftungen von 261 Landarbeitern auf 917 2006. Insgesamt wurden im Jahre 2006 1.212 Konfliktfälle registriert, die im Zusammenhang mit dem Besitz, der Nutzung und dem Kampf um

Boden standen sowie Besetzungen und Notsiedlungen umfassten. Von diesen Konflikten waren 140.650 arme Familien betroffen. Es ist wichtig hervorzuheben, dass fast 20% dieser Fälle traditionelle Gemeinschaften und Völker betrafen, vor allem indigene und aus der Sklavenzeit stammende Ansiedlungen (siehe Brasilien Dialog 1/2/07, S. 115f., herausgegeben vom Brasilienkunde-Institut Mettingen, www.brasilienkunde.de).

Die Landlosenbewegung kämpft für eine neue umfassende Landreform

„Es darf nicht zugelassen werden“, erklärt Joao Pedro Stédile, ein leitendes Mitglied der Landlosenbewegung (MST), „dass irgend ein Unternehmen Hunderttausend oder eine Million Hektar Land besitzt, nur weil es Geld hat... Im Moment kommen die transnationalen Fir-

men hierher und kontrollieren die landwirtschaftliche Produktion, den Markt und den Preis“ (aus Interview mit Joao Pedro Stédile (MST) vom 02.08.07, Kooperation Brasilien e.V., nachzulesen auf <http://kooperation-brasilien.org>). Daher fordert die Landlosenbewegung (MST) eine Demokratisierung des Landbesitzes, die mit einer Reorganisation der Produktion und Vermarktung von Nahrungsmitteln für den Binnenmarkt verbunden ist, der den armen und notleidenden Landarbeiterfamilien Arbeit und Brot bringt. Statt Sozialhilfeleistungen ist es für Landarbeiterfamilien besser, sie erhalten ein Stück Land, um sich davon ernähren zu können.

„Wir brauchen eine Landreform“, so der Vertreter der MST, „die neue Verfahren für die Bearbeitung des Landes einbezieht, solche, die die Umwelt schützen und schonen und in die ländlichen Gebiete genossenschaftliche Formen des Wirtschaftens sowie Zugang zu Schule und Bildung bringt“ (ebenda).

Am Rande der Nationalversammlung der MST anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Organisation Anfang dieses Jahres sprach Joao Pedro Stédile über die gegenwärtige globale Finanz- und Wirtschaftskrise. „Für Stédile ist der Zusammenbruch des vorherrschenden kapitalistischen Entwicklungsmodells vielmehr eine Chance, die zuletzt verunsicherte und zersplitterte Linke in Brasilien wieder unter dem Banner des Sozialismus vereinen zu können“ (Lateinamerika-Nachrichten 3/2009, S.28).

Das Jubiläum stellte die Landlosenbewegung kämpferisch und selbstbewusst unter die Losung: „Widerstand, Agrarreform und Sozialismus“.

Klaus und Johannes Körner



»...die Nato von heute ist eindeutig ein Kriegsführungsbündnis«

Interview mit: Tobias Pflüger (MdEP)

Tobias Pflüger, Jahrgang 1965, studierte Politikwissenschaft und Empirische Kulturwissenschaft in Tübingen. Seit den 80er Jahren ist er in der Friedens- und Anti-Atomkraftbewegung aktiv. 1996 gründete er die Informationsstelle Militarisierung mit (www.imi-online.de). Tobias Pflüger ist für die Linkspartei im Europäischen Parlament und gehört dem wissenschaftlichen Beirat von attac an. Mit dem Rotdorn sprach er über die Politik der Nato, die Situation im Afghanistan und über den Kapitalismus als Ursache von Kriegen.

Rotdorn: Vom ehemaligen dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen, der am 1. August das Amt des Nato-Generalsekretärs antreten wird, stammt der Ausspruch, die NATO sei die erfolgreichste Friedensbewegung die die Welt je gesehen hat. Wie erfolgreich war bzw. ist die NATO um den Frieden in der Welt zu sichern?

Tobias Pflüger: Die Nato ist erfolgreich, aber nicht um den Frieden in der Welt zu sichern, sondern um Kriegspolitik zu betreiben. Derzeit sind Truppen der NATO in Afghanistan im Kampfeinsatz, die NATO ist ein Kriegsführungsbündnis. Und dass die Nato eine Friedensbewegung sei, ist nichts anderes als orwellischer Neusprech. Die NATO steht für Krieg, nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Pakistan, im Hintergrund auch in Georgien. Es war ganz offensichtlich

so, dass die Nato dort im Hintergrund eine wesentliche Rolle gespielt hat. Die Nato hatte ihren großen Einstand mit der Kriegspolitik 1999, als Jugoslawien völkerrechtswidrig mit aktiver Teilnahme Deutschlands angegriffen wurde. Insofern ist die Nato erfolgreich, aber nicht für den Frieden.

Rotdorn: Kann man davon sprechen, dass die Nato erfolgreich ist, wo doch zahlreiche Landstriche in Afghanistan und Pakistan unter der Kontrolle der Taliban stehen? Zu Beginn des Afghanistan-Krieges wurde Hamid Karsai, der Präsident Afghanistans, wegen seiner geringen Möglichkeiten auf das Geschehen in Afghanistan Einfluss zu nehmen, oft scherzhaft als Bürgermeister von Kabul bezeichnet. Wie ist die Situation aktuell?

Tobias Pflüger: Die Situation in Afghanistan ist komplizierter, als dass bei uns häufig dargestellt wird. Es sind nicht nur die Nato und die Taliban im Krieg. Es gibt sehr viele verschiedene Fraktionen, die sich auch untereinander im Kriegszustand befinden. Was die Nato vor Ort macht ist Aufstandsbekämpfung. Das wird von der Nato auch ganz offen so bezeichnet. In den verschiedenen Regionen Afghanistans finden Aufstände gegen das Besatzungsregime der Nato statt und Hamid Karsai ist quasi das afghanische Gesicht des Besatzungsregimes der Nato. Die Situation in Af-

ghanistan und zunehmend auch in der Grenzregion Pakistans ist vom täglichen Krieg geprägt. Die Nato-Truppen dort wirken nicht stabilisierend, nein im Gegenteil, sie sind mitten im Krieg.

Rotdorn: Gibt es Angaben über getötete Zivilisten?

Tobias Pflüger: Ein britischer Offizier der vor kurzem veröffentlichte wie viele Zivilisten von der Nato getötet wurden, ist sofort entlassen worden.

Rotdorn: Wie viele Tote waren das?

Tobias Pflüger: Der Offizier sprach davon, dass 2008 tausende Zivilisten umgekommen sind. Er leitete diese internen Informationen der Nato an verschiedene Zeitungen weiter. Dann ist man gleich gegen ihn vorgegangen, damit die Öffentlichkeit nichts davon erfährt. Die Nato stellt ihre Arbeit in der Öffentlichkeit nicht korrekt dar. Ich bin Mitglied der Nato-Parlamentarierversammlung für meine Fraktion...

Rotdorn: ...bekommt man da genügend Informationen über die Nato...?

Tobias Pflüger:nicht wirklich. Wenn ich als Mitglied der Nato-Parlamentarierversammlung interne Dokumente der Nato bekommen will, erhalte ich diese nicht. Für mich besteht, ebenso wenig wie für andere Menschen die



Mitgliedsstaaten der NATO und Haupttruppenstandorte 2009 (Ausschnitt aus dem Mobilisierungsclip zu den Strassbourg Protesten im April 09, produziert von «pappsatt»)

KURZMELDUNG

NATO zündelt weiter

Die NATO hält vom 6. Mai bis 1. Juni 2009 ausgerechnet in Georgien zwei Manöver mit rund 1300 Soldaten ab. Außer dem russischen Nachbarland Georgien selbst, werden sich Solda-

ten aus 18 Ländern an der Kriegsübung beteiligen. Darunter auch die Nicht-NATO-Mitglieder Vereinigte Arabische Emirate, Serbien sowie die russischen Nachbarländer Aserbaidschan, Arme-

nien, Kasachstan und Moldowa. Wenig überraschend ist, dass Russland aus Protest bereits ein geplantes Treffen mit den NATO-Generalstabschefs abgesagt hat.



Tobias Pflüger in Aktion

Möglichkeit, derartige Dokumente zu erhalten. Ich habe nur die Informationsmöglichkeiten die allen anderen auch offen stehen, wie z.B. das Internet.

Rotdorn: Was macht die Nato-Parlamentariergruppe dann eigentlich?!

Tobias Pflüger: Es werden hauptsächlich Reisen organisiert. Jedoch zweidrittel derjenigen, die mit auf Reisen gehen, sind beim eigentlichen Treffen gar nicht anwesend. Alle Nato-Beitrittskandidaten und alle Mitgliedsländer der sogenannten „Partnerschaft für den Frieden“, mit denen die Nato kooperiert sind in der Nato-Parlamentarierversammlung mit dabei. Dort trifft man Tadschiken, Mongolen, Menschen aus Mazedonien usw. Wenn so eine Tagung bsw. in Island stattfindet, dann haben diese Menschen nicht unbedingt das größte Interesse daran an den Debatten teilzunehmen.

Rotdorn: Was wurde von den tatsächlich Anwesenden thematisiert?

Tobias Pflüger: Was dort immer spannend ist in der Nato-Parlamentarierversammlung ist die sehr harte Auseinandersetzung zwischen russischen und westlichen Parlamentariern. In der letzten Zeit war diese Versammlung sehr von diesem neuen kalten Krieg geprägt, der mit dem Georgienkrieg seinen Höhepunkt hatte. Insofern ist es ein spannendes Gremium, das allerdings über

keinerlei Beschlussrecht verfügt.

Rotdorn: Im Artikel 1 des Nato-Vertrages ist zu lesen, dass die Nato sich jeder Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung enthält, die nicht mit den Zielen der UNO zu vereinbaren sind. Hält die Nato sich an ihre eigene Charta?

Tobias Pflüger: Der Nato-Vertrag hat heute, so wie die Umsetzung geschieht, nichts mehr mit dem zu tun, was ursprünglich im Text steht. 1999, als die Nato Jugoslawien angegriffen hat, wurde dies ganz bewusst ohne ein Mandat der Vereinten Nationen getan. Insofern ist es ein eindeutiger Bruch der UN-Charta und des Völkerrechts gewesen. Die Nato hält sich selbst also nicht an ihre eigene Charta. Das ist sehr bezeichnend für ein Bündnis, das sich den Frieden auf der Welt offiziell auf ihre Fahnen geschrieben hat. Das zeigt, die Nato von heute ist eindeutig ein Kriegsführungsbündnis, insofern steht in der Charta das eine, die Nato selbst macht das andere.

Rotdorn: Jetzt mal ganz allgemein gefragt: Worin siehst du die Ursachen für Kriege in der Welt?

Tobias Pflüger: Es sind die Interessenunterschiede. Es gibt auf dieser Welt Menschen, die für sich ein Leben organisiert haben, was auf Kosten anderer geht. Wenn man das im großen Maßstab betrachtet, sind dass die Staaten der westlichen Welt, die politische Verantwortung, wie es immer so schön heißt, haben. Diese Staaten setzen ihre Inte-

ressen um und wenn sie es für notwendig erachten eben auch brutal. Die Ursache von Kriegen und Konflikten sind in Interessenunterschieden zu suchen. In den verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr von 1992 steht, dass die Sicherung von Rohstoffen durch die Bundeswehr gesichert werden soll. Das ist inzwischen realisiert. Z.B. der angeblich gegen Piraten geführte Einsatz der Bundeswehr vor der Küste Somalias ist dazu da, um die Rohstoffzufuhr aus diesem Gebiet militärisch abzusichern.

Rotdorn: Siehst du einen Zusammenhang zwischen kapitalistischen Gesellschaftsordnungen, Krieg und der Nato?

Tobias Pflüger: Eine ganz wesentliche Ursache für Kriege und Konflikte ist die Form in der die Wirtschaft organisiert ist. Innerhalb der westlichen Staaten haben wir ein kapitalistisches System, das eindeutig so ausgerichtet ist, dass es gegen die Ärmeren innerhalb dieser Gesellschaft geht. Und global gesehen auf Kosten der Menschen, die im Süden der Welt leben. Es geht natürlich darum, dass kapitalistische System militärisch abzusichern, und dafür ist die Nato quasi das Symbol. Die Nato steht für westliche Interessenpolitik, die mit brutalen kriegerischen Mitteln durchgesetzt wird. Deshalb ist es auch so wichtig die Nato als das zu entlarven, was sie ist: Nämlich ein Kriegsführungsbündnis. Die Ursachen für Kriege sind offensichtlich: Kapitalismus und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille. Wenn man gegen Kriegspolitik agiert, muss man auch deutlich machen, was hinter Kriegen steht: Nämlich die militärische Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen.

Das vollständige Interview ist im [Rotdorn-Radioarchiv](#) zu finden. (Sendung vom 12. Februar 2009)

Tobias Pflüger ist auch in unseren Sendungen vom 15.5. und 4. 12. 2006 zu hören. In der ersten Sendung zieht Tobias Pflüger eine inhaltliche Bilanz des Europäischen Sozialforums 2006 in Athen. In der Sendung vom 4. 12. sprachen wir über Bedeutung und Einfluss der G8.

Der Frieden in Palästina rückt in weite Ferne

Israel nach der Regierungsbildung

Im Staat Israel leben 6,9 Millionen Menschen, davon sind rund 81 Prozent Juden und 19 Prozent Araber, letztere genießen jedoch keine vollen staatsbürgerlichen Rechte. Korruption und Parteiengezänk hatten wieder einmal ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode zu Neuwahlen geführt. Mit 65 Prozent lag die Wahlbeteiligung am 10. Februar diesen Jahres knapp zwei Prozent höher als 2006.

Die Regierungsbildung

Präsident Shimon Peres erteilte wider Erwarten dem Vorsitzenden der zweitstärksten Fraktion in der neu gewählten Knesset Benjamin Netanyahu vom Likudblock den Auftrag zur Regierungsbildung. „Netanyahu steht total gegen den Frieden, er ist absolut gegen die Rückgabe der besetzten Gebiete, er ist gegen das Einfrieren des Siedlungsbaues und gegen einen palästinensischen Staat“, so der israelische Schriftsteller und Friedensaktivist Uri Avnery (junge Welt 16.02.09). Am 15. März hat der Likudblock mit der rechtsextremen Partei „Unser Haus Israel“ einen Koalitionsvertrag geschlossen, nachdem Avigdor Lieberman Außenminister im Kabinett Netanyahu werden soll. Lieberman, der mit seiner Familie in einer jüdischen Sied-

lung im besetzten Westjordanland lebt, „vertritt eine offen rassistische und anti-arabische Politik. Die arabischen Staatsbürger Israels möchte er am liebsten in die palästinensischen Autonomiegebiete abschieben. Gaza wollte er mit einer Atombombe auslöschen und auch Teheran und den Assuan-Staudamm in Ägypten würde er gerne in Schutt und Asche legen“ (rbb-inforadio Dossier vom 09.02.09). Der frühere Merez-Politiker Jossi Sarid, der seit seinem Ausscheiden aus der Knesset als Kolumnist für die Tageszeitung Haaretz schreibt, warnte kürzlich, dass in Israel der Faschismus Einzug halte und forderte die gemäßigeren Kräfte auf, Lieberman zu stoppen (siehe rbb-inforadio, Dossier 09.02.09).

Dem Bündnis der beiden rechten Parteien trat am 23. März die ultrareligiöse Schas-Partei bei. Gegen den Widerstand von sechs Abgeordneten der Arbeitspartei schloss die Parteiführung am 24. März ebenfalls ein Abkommen mit der rechtspopulistischen Regierung Netanyahu ab und sicherte so ihrem Parteichef und ehemaligen General Ehud Barak den Posten des Verteidigungsministers. Netanyahu verfügt nun durch diesen Schachzug über die Mehrheit in der Knesset. Um diese Mehrheit jedoch

zu stabilisieren, wurde zusätzlich die rechtsextreme, nationalistische Siedlerpartei „Jüdisches Heim“ (drei Sitze) und die religiös-orthodoxe Partei „Verinigtes Tora-Judentum“ (5 Sitze) ins Regierungsbündnis eingebunden.

Allein schon durch „die Unterzeichnung eines Koalitionsvertrages mit der anti-arabischen, russischen Immigrantepartei ‚Unser Haus Israel‘ von Avigdor Lieberman wird der Friedensprozess eingefroren... Die Kür Liebermans zum Außenminister ist der Bankrott der Politik... Unter Netanyahu und seinen Vasallen aus dem rechten und ultra-orthodoxen Lager wird es keine neuen Politikansätze geben, sondern Rückschritte und neu entfachte Feindseligkeiten. Netanyahu wird den Konflikt verwalten, nicht lösen. Er und Lieberman sind die Totengräber des Nahost-Friedensprozesses“ (Süddeutsche Zeitung vom 17.03.09). Am 1. April wurde diese Koalition im Parlament bestätigt. Mit der Vergabe von 30 Ministerposten und 9 stellvertretenden Ministern unter den 74 Parlamentariern der Regierungsfractionen (von insgesamt 120 Sitzen in der Knesset) sicherte sich Netanyahu eine stabile Mehrheit im Parlament. Auf eine Mehrheit für gerechten Frieden mit den Palästinensern, für umfassende soziale Maßnahmen gerade für die ärmeren Bevölkerungsschichten, ge-



Avigdor Lieberman, bei einer Wahlveranstaltung (Vorsitzender der rechtsradikalen Partei »Unser Haus Israel« - bzw. »Israel Beitenu«)

gen die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft und gegen Korruption und Vetternwirtschaft ist in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu hoffen. „Eine neue Linke ist nötig“, so Uri Avnery, „... eine neue Linke, die die Ideale einer neuen Generation ausdrückt und vertritt, Friedensleute, Befürworter sozialer Veränderung, Feministinnen und Grüne, ... In einem Militärstaat kann es keine soziale Gerechtigkeit geben; keiner ist an der Umwelt interessiert, während Kanonen donnern, Feminismus passt nicht zu einer Gesellschaft von Machos, die auf Panzern reiten; für orientalische Juden kann es in einer Gesellschaft, die die Kultur des Orients verachtet, keinen Respekt geben.“ (Junge Welt 16.02.09)

Notwendige Nachbemerkung

Im Interesse der Menschen in Palästina, seien sie Juden oder Araber, ist zu wünschen, dass die düsteren Perspektiven nicht Realität werden. Abschließend muss jedoch auf dem Recht bestanden werden, die politische Lage ungeschminkt darstellen zu dürfen. Wenn gegenwärtig die Politik Israels kritisiert wird, ist schnell der Antisemitismus-Vorwurf zur Hand. Felicia Langer, eine israelische Rechtsanwältin, die viele Palästinenser vor israelischen Gerichten verteidigte, bis sie aufgrund der ständig zunehmenden Bedrohung ihrer Person Jerusalem verließ und seit 1990 in Deutschland lebt, erklärte gegenüber Rotdorn-Radio am 2. Februar 2009: „Als Holocaust-Überlebende und als Frau eines Überlebenden, der in fünf Nazilagern war, möchte ich sagen, dass die Deutschen die Pflicht haben sich einzumischen, und auch das Wort zur Verurteilung zu erheben. Die Deutschen haben schon einmal in ihrer Geschichte geschwiegen, obwohl zu anderen Umständen und zu einer anderen Zeit, aber das Schweigen angesichts von Unrecht, wenn man dem Opfer helfen kann, ist eine Art von Mittäterschaft“.

Johannes und Klaus Körner

Israel nach der Wahl



Politisches Neusprech

- Heute: Gerechtigkeit -

George Orwell stellte durch sein Buch „1984“ die These auf, dass wer die Sprache gezielt verändert, damit sogleich das Denken in eine bestimmte Richtung lenken will. Sollten wir so denken, wie wir sprechen, so ist eine Sprachmanipulation zugleich auch immer eine Gedankenmanipulation. In dieser Rubrik sollen ab sofort Begriffe im politischen Alltag näher erläutert und kritisch analysiert werden.

Die traditionell gewachsene Leitidee der SPD, die soziale Gerechtigkeit, wurde unter der Schröder-Regierung systematisch demontiert. Heute sprechen weder SPD, CDU, FDP noch GRUENE davon, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen, sondern benutzen allesamt Gerechtigkeitsfloskeln. Zum einen verdeutlichen diese eine grundlegende Neujustierung sozialer Gerechtigkeitsprinzipien und zum anderen verdecken und verschleiern diese Schlagwörter Sozialabbau und Privatisierung. Im folgenden drei populäre Gerechtigkeitsbegriffe und deren Bedeutung.

Generationengerechtigkeit

bedeutet, dass die Befriedigung der Bedürfnisse der nächsten Generation mindestens so hoch sein soll wie die der jetzigen Generation. Er löst die Idee des Generationenvertrages, sprich die Solidarität zwischen jung und alt, auf und stellt ein neues Lasten-Nutzen-Verhältnis der Generationen zur Debatte. Die rot/grüne Regierung unter Schröder hat mit diesem Begriff Kürzungen bei Universitäten, Schulen und Kindergärten gerechtfertigt. Die jetzige Generation dürfe nicht auf Kosten der nächsten leben, so die Argumentation. Da hohe Staatsausgaben zugleich auch mehr Staatsschulden bedeuten, dürfe man der nächsten Generation nicht noch mehr (Staats-) Schulden überlassen, so die Denkweise. Bedenklich, wenn nicht gar widersprüchlich ist, dass erschwerte Berufs- und Bildungschancen der jetzigen Generation – eben durch weniger Kindertagesstätten, durch Studiengebühren und überfüllte Schulklassen - zweifelsfrei negative Auswirkungen auf die nächste Generation haben werden. So wird die Gerechtigkeit in der Gegenwart abgeschafft und

beliebig in eine unbestimmte Zukunft verschoben. Auch wenn der Grundgedanke, über die eigene Legislaturperiode hinaus zu denken und zu handeln, zu begrüßen ist, so werden mit diesem Schlagwort – wieder einmal - nur Kürzungen in der Gegenwart gerechtfertigt ohne irgendeine Form von Gerechtigkeit weder für die jetzige, noch für die zukünftige Generation zu schaffen.

Die Chancengerechtigkeit

gilt als neues Gerechtigkeitsideal der SPD. Ziel sei es fortan nicht mehr, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen, sondern nur noch die Individuen dahingehend zu (be-)fördern, dass sie am Erwerbsleben teilnehmen können. Ignoriert werden dabei eine Reihe vorraussetzungsvoller Bedingungen: Der Zugang zu wichtigen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Handlungsressourcen ist ungleich verteilt und wird selbst bei erfolgreicher Aktivierung des Einzelnen nicht aufgehoben. Die Reichtumsverteilung in Deutschland ist laut dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sehr ungleichmäßig. Während die unteren 50% der Haushalte nur über etwas weniger als 4% des gesamten Nettovermögens verfügen, entfallen auf die vermögendsten 10% der Haushalte knapp 47%. Auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt beim Aufstieg von prekärer Beschäftigung in stabile Erwerbsarbeit sind ungleich verteilt, denn

prekäre Beschäftigung tritt verstärkt in bestimmten Erwerbsgruppen und Soziallagen auf. Der Glaube, die Individuen könnten gleichmäßig gefördert werden, blendet die individuellen Hintergründe, Lebensentwürfe und Lebenschancen systematisch aus.

Die Leistungsgerechtigkeit

gilt als traditionelles Gerechtigkeitsideal der CDU, wird aber auch zunehmend von der SPD propagiert. Sie bezeichnet eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die sich allein nach dem Wert der Arbeit richtet. Sie befürwortet ausdrücklich ungleiche Einkommensverhältnisse, da die Arbeit des Einzelnen nach dem Marktwert bewertet wird. Dabei zählt nicht, was für die Gesellschaft geleistet und geschaffen wird, sondern nur, was andere bereit sind für die Arbeit zu zahlen. So ist die Arbeit eines Börsenspekulanten oder Unternehmensberaters finanziell mehr wert, als die eines Lehrers oder Altenpflegers. Im Sinne der Leistungsgerechtigkeit bringen Arbeitslose, Obdachlose und Kranke nicht genug Leistung und sind demzufolge selbst schuld an ihrer Situation. Strukturell geschaffene Ungerechtigkeiten, die dem Kapitalismus inhärent sind, werden hierbei kaltschnäuzig ignoriert. Zudem wird hierbei der Begriff „Leistung“ von der herrschenden Klasse definiert.

by epikur



Ralfis Ökotipp

Diesmal was Allgemeines:

Es ist purer Egoismus, der mich zum ökologischen Leben treibt. Mir geht es darum, Teil der Natur zu sein, Teil einer alten, längst vergessenen Herrschaft. Auch wenn vieles sinnlos erscheint, so glaube ich, dass sich alle Taten in alle Welten und Ewigkeiten einreihen. Kein handeln ist umsonst. Mein Kampf wird die Evolution noch lange nach der Zivilisation beeinflussen.

Dienen wir nicht der modernen Welt, in der Leere und Schwäche herrschen! Dienen wir nicht der naturfeindlichen Wirtschaft, hindern wir sie am Wachstum. Ich kann kein Glück in Kaufhäusern und Tankstellen finden. Dort, wo in Ur-

wäldern einst Bären und Wölfe lebten, dort wo Bäche dumpf in finstere Täler rauschten, wo sich des Himmels Schnee schweigend auf Tierfell legte, wo wir uns als Wildmenschen bei mancher Mondesnacht freuten, wo unsere Götter noch stolze Geweihe trugen, dort rollen jetzt U-Bahnzüge und stehen verglaste Bürogebäude als Zeichen der kalten, zivilisierten Feindeswelt.

Dienen wir nicht dieser modernen Welt! Hindern wir sie am Wachstum! Geben wir unser Geld nicht sinnlos aus, geben wir Geld für ökologische Projekte! Gebt Geld für die vergessene Herrschaft. Mit jedem Bier, welches wir nicht trinken, jeder Autofahrt, auf die wir verzichten, jeder Reise, die wir nicht antreten, jedem

Funktelefon, das wir nicht kaufen, bleibt Geld, was wir in Naturschutzorganisationen stecken können.

Beim Wirtschaftsboykott gehen zwar Arbeitsplätze verloren, doch entstehen dafür neue im Naturschutz. Lasst uns auch die ökologischen Organisationen wie BUND, NABU oder Tropenwaldstiftungen kritisch prüfen, mischen wir uns dort ein oder gründen selbst Gruppen.

Je moderner und lebensfeindlicher unser Dasein, desto größer die Sehnsucht nach dem Ursprung aller Dinge! Lasst uns also dienen, lasst uns kämpfen für die Welt des Kampfes. Dienst an der Natur ist mein Glaube.



So radikal wie die Wirklichkeit

Wir haben uns als bundesweiter Jugendverband zusammengeschlossen, weil wir unsere Ziele so am besten erreichen können. Im ganzen Land sind wir mit 100 lokalen Gruppen in Dörfern und Großstädten aktiv, demonstrieren gegen den Überwachungsstaat, blockieren Naziaufmärsche, streiten gegen Notenstress und soziale Auslese im Schulsystem, fordern Ausbildungsplätze für alle und vieles mehr. Vor Ort, sowie auf Landes- und Bundesebene diskutieren wir politische Themen und bilden uns auf Seminaren und Konferenzen weiter, um neue Positionen entwickeln und vertreten zu können. International vernetzen wir uns mit anderen linken Jugendverbänden, organisieren Camps und Fahrten, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam stärker für unsere Ziele einzutreten.

lebe den Widerstand

280 Mio. Menschen sind unterernährt, die bestehende Landwirtschaft könnte jedoch die doppelte Weltbevölkerung ernähren. Von diesen Beispielen gibt es viele, für uns ist klar: Ein derart blutiges Wirtschaftssystem gehört bekämpft.

Dafür braucht es Visionen, Utopien, Konzepte. Wir wollen eine kooperative Wirtschaft in einer von Mitbestimmung und Freiheit geprägten Gesellschaft, nicht in ferner Zukunft – sondern so schnell wie möglich! Die Überwindung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse ist dafür notwendig. Wir wissen, dass es immer Probleme geben wird, wir glauben nicht ans Paradies – wir streiten für eine Welt, in der alle Zugang zu Medizin, Nahrung und Bildung haben – und wissen, dass dies möglich ist! Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg – ergo ein menschenwürdiges Leben für alle. Wir nennen es Sozialismus oder Kommunismus, andere nennen es Anarchismus oder schlicht eine bessere Welt: wofür wir kämpfen, ist eine freiheitliche Gesellschaft jenseits vom Kapitalismus.

Wir sind ein parteinaher Jugendverband, der die kritische Auseinandersetzung, aber auch Zusammenarbeit mit der Linkspartei sucht. Zugleich sind wir Teil außerparlamentarischer, z.B. globalisierungskritischer Bewegungen und beteiligten uns an Projekten wie den Protesten gegen den G8-Gipfel

2007 in Heiligendamm oder den NATO Portesten 2009 in Strassbourg.

Wenn du auch aktiv werden willst, komm einfach vorbei. In Berlin haben wir Gruppen in Mitte, Neukölln, Friedrichshain, Spandau, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Reinickendorf und Pankow. Wir schicken dir auch gerne Material zum Selberlesen, Verteilen und Verkleben zu und kommen mit Tipps und Ideen zu euch, wenn ihr eine eigene Gruppe aufbauen wollt.

Wann und wo sich die Bezirksgruppen treffen, Ankündigungen von weiteren Aktionen und vieles mehr findest du im Internet:

www.linksjugend-solid.de

linksjugend
['solid] 



ich möchte:

mitmachen
Infos über Linksjugend ['solid]

Name

Adresse

Tel / Handy

Email

*auschneiden, abschicken:

Linksjugend-['solid] e.V. | kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

www.linksjugend-solid.de

ROTDORN RADIO

Mit wechselnden Themenschwerpunkten machen wir politisches Radio mit Studiogästen, Telefoninterviews, Livemitschnitten und Musik von Reggae/Ska über HipHop bis Punk.

Während der Sendung ist ein Zuhörer(innen)telefon freigeschaltet: 030/46 40 05 17

Einschalten und Mitdiskutieren!

An jedem 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr auf den Frequenzen des OKB

In Berlin: Antenne 97,2 oder Kabel 92,6

Anderswo: Livestream auf www.okb.de



Alle Sendungen als mp3-file zum Download unter: www.ROTDORN.org